

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/02/2024

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 26.02.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:32 Uhr
Ende der Sitzung : 20:22 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Stadtverordnete/r

Frau Marie-Luise Bernhardt
Herr Burkhardt Bertram
Herr Dr. Bernd Buchholz
Frau Elke Dullweber
Frau Ursula Ebert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Felix Gläveke
Frau Inga Jensen-Buchholz
Frau Michaela Knaack
Herr Marten Koop
Herr Dr. Wulf-Dietrich Köpke
Herr Arthur Klaus Korte
Frau Ulrike Kraus
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Tim Schoon
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Lasse Thieme
Frau Sophie von Hülßen

ab 19:34 Uhr

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus
Frau Anne-Marie van Oosterum-Arnu

Kinder- und Jugendbeirat
Seniorenbeirat

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Frau Petra Rogge
Herr Karsten Barth
Frau Peggy Ehrig

Bürgermeister
FBL I
FBL III
St
Veranstaltungstechnik
Protokollführung

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Thomas Bellizzi
Herr Dr. Detlef Steuer

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/01/2024 vom 22.01.2024
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
7. Nachrücken eines Stadtverordneten über die Liste der Partei SPD **2024/019**
8. Anträge auf Umbesetzung/Neubesetzung von Ausschüssen **AN/014/2024**
 - 8.1. Antrag der SPD-Fraktion auf Neubesetzung von Ausschüssen **AN/014/2024**
 - 8.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/018/2024**
 - 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/019/2024**
 - 8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Neubenennung eines Mitgliedes im Aufsichtsrat
9. Antrag der Fraktion SPD auf Neubesetzung des stellv. Vorsitzenden des Finanzausschusses **AN/015/2024**
10. Ehrung eines Stadtverordneten
11. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO für das Jahr 2023 **2024/006**
12. Neufassung der 5. Änderungssatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg vom 01.08.2019: Anpassung von Teilnahmegebühren, Inhalten sowie der Struktur der Satzung **2023/009/2**

- | | | |
|-----|---|-------------------|
| 13. | Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften
- Änderung der Richtlinie
- Benennung der Beauftragten gemäß Konzept | 2024/002/1 |
| 14. | Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Festlegung der Bestandsaufnahme
- Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung
- Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum
- Sachstand | 2023/056/2 |
| 15. | Bebauungsplan Nr. 111 "Schul- und Sportanlage Reeshoop" - Aufstellungsbeschluss | 2023/124 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:32 Uhr.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es in der Hauptsatzung der Stadt Ahrensburg keine Regelungen zu Lichtbild- und Tonaufnahmen gibt und demnach keine Aufnahmen ohne Einverständnis aller Stadtverordneten erlaubt sind. Eine Zulassung von Bildaufnahmen wird zur heutigen Stadtverordnetenversammlung voraussichtlich zweimal erfolgen.

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass heute die Polizei anwesend ist und dies mit einer Bedrohungslage gegen einen Stadtverordneten zusammenhängt. Bürgermeister Boege und Bürgermeister Stukenberg geben hierzu eine gemeinsame Stellungnahme ab.

Sie gehen darauf ein, dass es in den letzten Monaten zu massiven Anfeindungen, Beleidigungen und Gewaltandrohungen gegenüber dem Stadtverordneten Lamprecht gekommen ist. Aufgrund der Häufigkeit und zunehmenden Aggressivität dieser Anfeindungen hat man sich in Absprache mit Herrn Lamprecht dazu entschlossen, diesen Vorgang öffentlich zu machen. Das erklärte Ziel des Täters ist ein Rückzug Herrn Lamprechts aus dessen Ehrenämtern.

Bürgermeister Boege und Bürgermeister Stukenberg erklären, dass Sie sich der Einschüchterung von Kommunalpolitikern und anderen Ehrenamtlichen entschlossen entgegenstellen. Sie verurteilen jegliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung aufs Schärfste.

Weiterhin führen sie aus, dass die anonymen Anfeindungen gegen Herrn Lamprecht feige, widerwärtig und in jeder Hinsicht inakzeptabel sind. Sie verurteilen diese Angriffe gegen einen Bürger dieser Stadt aufs Schärfste. Diese seien nicht nur ein Angriff auf Herrn Lamprecht, sondern ebenso ein Angriff auf die Menschenwürde, die Menschenrechte und die Demokratie.

Sie geben klar zu verstehen, dass die geäußerten Beleidigungen, Diffamierungen und Gewaltandrohungen nicht nur Grenzüberschreitungen seien, sondern es sich hierbei um Straftaten handelt. Entsprechende Anzeigen seien gestellt und sie wenden sich an den Täter, sich bei der Polizei zu stellen. Dies könnte sich mindernd auf das Strafmaß auswirken.

Bürgermeister Boege und Bürgermeister Stukenberg wenden sich persönlich an Herrn Lamprecht und geben ihm zu wissen, dass es ihnen von Herzen Leid tut, was er in den letzten Monaten ertragen musste. Dies sei erschütternd. Sie bedauern es sehr, dass Themen aus dem privaten Bereich auf diese Weise öffentlich werden. Herrn Lamprecht wird versichert, dass er damit nicht allein sei und man an seiner Seite steht.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass Herr Lamprecht eine persönliche Erklärung abgeben wird und hierzu Bildaufnahmen zugelassen sind.

Stadtverordneter Lamprecht gibt eine persönliche Erklärung ab. Diese ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

Bürgermeister Stukenberg gedenkt zwei verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten, welche bis 2018 noch aktiv tätig waren. Frau Doris Unger war langjährige, stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Ahrensburg und Herr Dirk Langbehn hat der Stadtverordnetenversammlung den Finanzbericht hinterlassen, welcher aus seiner Initiative entstanden ist.

Bürgermeister Stukenberg bittet alle, sich für die verstorbenen, ehemaligen Stadtverordneten, Frau Doris Unger und Herrn Dirk Langbehn, für eine Trauerminute zu erheben.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass es Veränderungen in der Stadtverordnetenversammlung gegeben hat. Frau Silke von Stockum hat ihr Mandat bei der SPD-Fraktion niedergelegt und ist nunmehr als Bürgerliches Mitglied in der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN tätig. Herr Tim Schoon ist als Stadtverordneter der SPD-Fraktion nachgerückt. Mit der Annahme des Mandats durch Herrn Schoon ist er direkt stimmberechtigt und die Stadtverordnetenversammlung zählt wieder regulär 31 Mitglieder. Der Stadtverordnete Stephan Lamprecht ist bei der SPD-Fraktion ausgetreten und bei der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN eingetreten.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Stukenberg stellt die Beschlussfähigkeit mit 29 Stadtverordneten fest. Zwei Stadtverordnete fehlen entschuldigt.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Susanne Lohmann führt aus, dass seit ca. Juli ungefähr 5 Gedenktafeln fehlen. Beispielsweise fehlen die Gedenktafel vom Ehrenmal, die Gedenktafel in Andenken an die NS-Opfer, die Gedenktafel vom Ende der Leibeigenschaft am Ahrensburger Schloß, eine Plakette vom Stifter vom Schloß sowie eine weitere Plakette am Schloß und in Ahrensburg-Ost eine Plakette von Alfred-Rust.

Alle seien aus Metall gewesen. Sie fragt, ob diese Plaketten / Gedenktafeln ersetzt werden können – möglichst aus einem Material, welches nicht zum Stehlen einlädt.

Bürgermeister Boege bedankt sich für den Hinweis und lässt dies prüfen bzw. zur Stiftung Schloß Ahrensburg weiterleiten.

Frau Lohmann ergänzt, dass sie die Gedenktafel für die NS-Opfer sehr wichtig findet, insbesondere im Hinblick auf den 08. Mai oder den Volkstrauertag. Frau Lohmann hat zu Protokoll gegeben, dass sie sich eine schriftliche Antwort wünscht.

Es werden keine weiteren Fragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgervorsteher Stukenberg stellt die Tagesordnung vor. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 13.02.2024 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/01/2024 vom 22.01.2024

Einwände gegen die Niederschrift STV/01/2024 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht. Der Finanzbericht Nr. 3/2024 ist als **Anlage** beigelegt.

2024/019

7. Nachrücken eines Stadtverordneten über die Liste der Partei SPD

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung rückt für die über die Liste der Partei SPD zur Kommunalwahl am 14.05.2023 gewählten Stadtverordneten, Frau Silke von Stockum, der nächste Listenbewerber, Herr Tim Schoon, nach.

Herr Schoon wird von Bürgervorsteher Stukenberg in sein Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet.

8. Anträge auf Umbesetzung/Neubesetzung von Ausschüssen

AN/014/2024

8.1. Antrag der SPD-Fraktion auf Neubesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg stellt den Antrag AN/014/2024 der SPD-Fraktion vor. Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

AN/018/2024

8.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg stellt den Antrag AN/018/2024 der CDU-Fraktion vor. Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen

Bürgermeister Stukenberg stellt den Antrag AN/019/2024 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor. Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

8.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN auf Neubenennung eines Mitgliedes im Aufsichtsrat

Bürgermeister Stukenberg stellt den Punkt „Aufsichtsrat“ aus dem Antrag AN/019/2024 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor. Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest die neue Benennung für den Aufsichtsrat über die anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

9. Antrag der Fraktion SPD auf Neubesetzung des stellv. Vorsitzenden des Finanzausschusses

Bürgermeister Stukenberg stellt den Antrag AN/015/2024 der SPD-Fraktion vor. Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Antrag über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

10. Ehrung eines Stadtverordneten

Bürgermeister Stukenberg ehrt im Namen der Anwesenden den Stadtverordneten Wolfgang Schäfer von der FDP-Fraktion für seine 10-jährige Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung und bedankt sich für sein ehrenamtliches, kommunalpolitisches Engagement.

Bürgermeister Stukenberg bittet alle Stadtverordneten um ihr Einverständnis zur Aufnahme von Bildaufnahmen. Es ergeben sich keine Widersprüche.

Es erfolgt die Geschenk- und Urkundenübergabe durch Bürgermeister Stukenberg und Bürgermeister Boege an den Stadtverordneten Schäfer.

Stadtverordneter Schäfer von der Fraktion FDP bedankt sich und erklärt, dass er damals durch Herrn Dr. Buchholz zur FDP und zu seinem Engagement in der Stadtverordnetenversammlung gekommen ist. Er dankt allen Fraktionen für die stets konstruktive Zusammenarbeit. Er dankt besonders auch dem Kinder- und Jugendbeirat für die tolle und zukunftsweisende Zusammenarbeit sowie dem Seniorenbeirat für die gute Zusammenarbeit.

Er merkt an, dass er seine heutige Rede an die anwesenden Bürger/innen richten wollte, seinem Beispiel zu folgen. Leider sind jedoch keine Bürger/innen anwesend und dies zeigt das fehlende Engagement. An dieser Thematik müsse man zwingend weiterarbeiten.

11. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO für das Jahr 2023

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag. Er freut sich, dass im Jahr 2023 fast 19.200€ in Form von Spenden eingegangen sind. Er bedankt sich herzlich bei allen Spendern.

Er ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg schließt sich dem Dank an und verliert die Kenntnisnahme.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den öffentlichen Bericht des Bürgermeisters über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über 50 € hinausgehen, für das Jahr 2023 zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage 2024/006 zur Kenntnis.

12. Neufassung der 5. Änderungssatzung der Volkshochschule der Stadt Ahrensburg vom 01.08.2019: Anpassung von Teilnahmegebühren, Inhalten sowie der Struktur der Satzung

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass der Bildungs- und Kulturausschuss die Änderungssatzung bereits zum zweiten Mal beraten hat. Der Grund dafür war, dass die Volkshochschule einen Passus einfügen wollte, dass für den einfachen und mittleren Schulabschluss keine Gebühren mehr erhoben werden.

Dies wurde begründet, dass Bildung in dieser Form möglichst kostenfrei sein sollte. Weiterhin erklärte die Volkshochschule, dass die Gebührenerhebung einen hohen Verwaltungsaufwand erfordert, weil die Gebühren oftmals auch gar nicht eingetrieben werden können. Dies wurde im Ausschuss intensiv

beraten und man hat zusätzlich zwei Dinge in die Vorlage einfließen lassen.

Zum einem wurde auf Wunsch der CDU-Fraktion in die Änderungssatzung mit aufgenommen, dass die Teilnehmer daraufhin überprüft werden, ob die Erreichung des Schulabschlusses schaff bar erscheint oder ihnen andere Möglichkeiten offenstehen, z.B. der kostenfreie Schulabschluss über ein betriebliches Gymnasium.

Weiterhin wurde auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in die Änderungssatzung mit aufgenommen, dass bei gleicher Qualifikation Ahrensburger/innen bevorzugt angenommen werden, falls die Ahrensburger Volkshochschule aufgrund der Alleinstellung hinsichtlich der Gebühren jetzt zu viele Anmeldungen erhalten sollte. Diese Schulabschlüsse werden an anderen Volkshochschulen nicht kostenfrei angeboten.

Mit diesen Zusätzen wurde die Vorlage im Bildungs- und Kulturausschuss einstimmig beschlossen.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die in der Anlage 2 dargestellte Neufassung der Satzung der Volkshochschule Ahrensburg wird beschlossen.
2. Der in der Anlage 3 dargestellten Gebührensatzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

13. Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften
- Änderung der Richtlinie
- Benennung der Beauftragten gemäß Konzept

Stadtverordneter D. Levenhagen von der Fraktion CDU hält einen Sachvortrag.

Er erklärt, dass der Antrag AN/017/2024 der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in die /1-Vorlage eingearbeitet wurde. Sowohl dem Änderungsantrag als auch der ursprünglichen Vorlage wurde im Hauptausschuss einstimmig zugestimmt.

Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Den Änderungen der *Richtlinie der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften* mit Stand vom 06.02.2024 - insbesondere die Erhöhung der Beförderungskosten in Höhe von bis zu 50 % der nachgewiesenen Reisekosten – maximal bis zur Höhe von 250 € pro Teilnehmer sowie die Anerkennung von zwei Tagen für die An- und Abreise in die Partnerstädte (wie in **Anlage 1** farblich markiert) wird zugestimmt.
2. Die Konkretisierung des *Konzepts der Stadt Ahrensburg für die Förderung von Kontakten im Rahmen der Städtepartnerschaften* bezüglich der zeitlichen Befristung der Benennung der Beauftragten wird auf fünf Jahre festgelegt. Die nächste Benennung erfolgt im Herbst 2024 für den Zeitraum 2025 – 2030. Der Änderung unter 3.1 sowie der Ergänzung der Mitglieder der Arbeitsgruppe Städtepartnerschaften unter 3.4 des Konzepts (wie in **Anlage 2** farblich markiert) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

14. **Überprüfung der Benennungen und Ehrungen im öffentlichen Raum**
- **Festlegung der Bestandsaufnahme**
 - **Festlegung der Kategorien und Kriterien für die Überprüfung**
 - **Festlegung der Regeln zur künftigen Benennung und Ehrungen im öffentlichen Raum**
 - **Sachstand**

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass zuerst über den Beschlussvorschlag des Ausschusses als Leitantrag abgestimmt wird, welcher in der Vorlage unter V des Sachverhaltes aufgeführt ist. Hierzu merkt er an, dass Punkt 5 dieses Beschlussvorschlages nicht mehr aktuell ist (aufgrund des Beschlusses im Rahmen des Stellenplans) und aus dem Beschlussvorschlag gestrichen wird.

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hält einen Sachvortrag. Er erläutert, dass es sich hier um eine der kompliziertesten Vorlagen handelt, die er je mitbekommen habe. Nachdem die Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung war ging sie zurück in den Bildungs- Sport- und Kulturausschuss (BKSA). In der Zwischenzeit gab es den Versuch eines Änderungsantrages, welcher dann zurückgezogen wurde, weil mittlerweile im Hauptausschuss über die Stellen beraten wurde. Eine Stelle für das Archiv wurde nicht genehmigt und somit war der Antrag gegenstandslos. Entsprechend blieb der BKSA bei seiner Beschlussempfehlung und hat diesen bekräftigt. Als Ausschussvorsitzender bittet er um die Zustimmung zur Beschlussempfehlung des BKSA.

Stadtverordneter Schubbert- von Hobe schließt dem Sachvortrag seine Wortmeldung an. Er führt aus, dass für ihn und die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN diese Version eine Rumpfversion ist, weil es jetzt die Forschungsergebnisse gibt, aber die Forschungsergebnisse nicht in Form von Biografien der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Außerdem auch, weil sich die Beschlussempfehlung des BKSA nur auf zukünftige Benennungen bezieht und nicht auf vergangene. Er merkt an, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN aufgrund der vorgenannten Punkte bei der Abstimmung des Beschlussvorschlages des BKSA enthalten wird.

Stadtverordneter Randschau von der Fraktion SPD erklärt, dass seine Fraktion Befürworter des ursprünglichen Beschlussvorschlages der Verwaltung war, weil dieser einen guten Kompromiss darstellte zwischen dem was die Kommission wollte und erarbeitet hat und den begrenzten, finanziellen und personellen Ressourcen der Verwaltung. Dies sei eigentlich nach wie vor die Position der SPD-Fraktion zu diesem Thema.

Er geht im Weiteren auf den einmaligen Werdegang der Vorlage ein und erläutert, dass zunächst die ursprüngliche Beschlussvorlage der Verwaltung vorgelegt wurde. Dies war das Ergebnis eines langen, vorhergehenden

Prozesses. Das heißt, die Verwaltung hat einen nicht unumstrittenen Lösungsvorschlag in einer intensiven und langwierigen Debatte gemacht. Anschließend gab es im BKSA zahlreiche Änderungsanträge und eine intensive Debatte mit dem Ergebnis der Beschlussempfehlung des BKSA.

In der folgenden Stadtverordnetenversammlung wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Vorlage vorne unter „Beschlussvorschlag“ aufgeführt und die Beschlussempfehlung des BKSA nur im Sachverhalt unter „V“ dargestellt.

Diese Vorgehensweise habe alle verwundert, weil mit diesem Vorgehen die Ausschussarbeit in Frage gestellt wurde. Er führt weiter aus, dass die intensive Beratung im Ausschuss mit Änderungsanträgen keinen Sinn habe, wenn dann in der Stadtverordnetenversammlung doch wieder nur über den ursprünglichen Beschlussvorschlag abgestimmt wird.

Er erklärt, dass die Verwaltung das Vorgehen überprüft und mitgeteilt hat, dass es rechtlich zulässig ist, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung weiterhin vorne im Beschlussvorschlag aufgeführt wird. Kurz darauf wurde jedoch festgestellt, dass das Beratungsergebnis des BKSA in der Vorlage hätte dargestellt werden müssen. Der federführende Ausschuss ist maßgeblich und über diese Beschlussempfehlung ist zuerst abzustimmen.

Er erläutert, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung nur dann zum Tragen käme, wenn die Beschlussempfehlung des Ausschusses keine Mehrheit findet. Jedoch sei der ursprüngliche Beschlussvorschlag der Verwaltung selbst dann gegenstandslos, wenn die Empfehlung des BKSA abgelehnt werden würde. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung hätte nur dann eine Bedeutung, wenn ein Stadtverordneter diesen ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung als Änderungsantrag einbringt.

Er sagt, dass ihn das Verfahren irritiert hat. Die gesamte Diskussion habe für viel Verwirrung gesorgt und er würde sich wünschen, dass man solche Vorgehensweisen vorher hinreichend prüft. Selbst die Darstellung die nun am Ende in der heute vorliegenden /2-Vorlage gewählt wurde sei weiterhin etwas verwirrend. Man weiß jetzt, dass es keine verbindlichen Vorgaben gibt, wie so etwas dargestellt werden muss - gleichwohl könnte ein/e Bürger/in sehr schnell zu der Auffassung gelangen man würde hier heute über den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Er dankt Stadtverordnetem Schubbert- von Hobe für dessen Sachvortrag in dem klar gesagt wurde worüber heute abgestimmt werden soll.

Er führt weiter fort, dass es damit weiterging, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung zu dieser Vorlage eine sehr emotionale Debatte geführt wurde. Er findet es sehr problematisch, wenn man eine schwierige Debatte so moralisch auflädt, dass schnell der Eindruck entsteht: „Wer das hier beschließt, der ist ein Trottel“, „der vergeudet Steuergelder“, „Wer das hier nicht beschließt der ist eigentlich ein schlechter Mensch“. Er findet diese Art der Zuspitzung politischer Debatten grade in der heutigen Zeit nicht zuträglich. Er betont in aller Deutlichkeit, dass dies für beide Seiten gilt. Er findet, sie als Demokraten/innen müssen zueinander kompromiss- und

anschlussfähig bleiben.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion merkt an, dass man in der letzten Stadtverordnetenversammlung in dieser Debatte mit vielen Krankheitsfällen mit einer drohenden Zufallsmehrheit konfrontiert war.

Er stellt klar, dass sich auch die SPD-Fraktion bei der heutigen Abstimmung der Beschlussempfehlung des BKSA enthalten wird. Er begründet dies in dem er ausführt, dass man anderenfalls wieder Zufallsmehrheiten riskieren würde, welche im zuständigen Ausschuss nicht abgebildet sind. Schließlich war es bei der Konstituierung allen wichtig, dass die Mehrheiten der Stadtverordnetenversammlung exakt in den Ausschüssen wiedergespiegelt werden.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag des BKSA, welcher in der Vorlage unter „V“ dargestellt ist, über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bestandaufnahme der zu beschreibenden Orte wird zugestimmt.
2. Den beschriebenen Grundsätzen, Kategorien und Kriterien als Grundlage für die Benennung von Orten nach Personen oder Ereignissen in der Zukunft wird zugestimmt.
3. Dem beschriebenen Regelwerk zur künftigen Benennung von Orte wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie für die zukünftige Benennung und Ehrung von Orten nach verdienten Personen zu fassen und beschließen zu lassen.
5. --- *gestrichen* ---
6. Von der Präsentation der Biographien im Rahmen einer analogen Ausstellung wird abgesehen. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.10.2020 bezüglich der Ausstellung wird entsprechend aufgehoben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Biographien der Personen entsprechend der Bestandsaufnahme auf der einzurichtenden Homepage des Stadtarchivs sukzessive zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

14	dafür
/	dagegen
15	Enthaltung(en)

15. **Bebauungsplan Nr. 111 "Schul- und Sportanlage Reeshoop" - Aufstellungsbeschluss**

Stadtverordneter Kubczig hält einen Sachvortrag. Er führt aus, dass die Schule im Hinblick auf gestiegene Schülerzahlen, den allgemeinen Sanierungsbedarf und die OGS eine neue Sporthalle benötigt. Die Sporthalle soll auf den südwestlichen Teil des Sportplatzes Reeshoop errichtet werden, damit sie möglichst weit weg vom denkmalgeschützten Schloßensemble platziert wird.

Dies beinhaltet eine Erweiterung der ganzen Schulfläche nach Norden. Dadurch werden die Sportplätze kleiner ausfallen, was ausgeglichen werden soll durch die Ertüchtigung mit Kunstrasen und einer Flutlichtanlage. Eventuell ist die Flutlichtanlage wegen des Denkmalschutzes kritisch.

Gleichzeitig soll in diesem B-Plan noch festgelegt werden, dass es dort eine Ost-West-Querung zwischen der Bagatelle und der Seniorenwohnanlage - hin zum Wanderweg vom Mühlenredder geben soll. Auch dies müsse vernünftig abgebildet werden, da dort auch das Gebiet des Bienenvereins gequert wird. Weiterhin wird eine Nachverdichtung ermöglicht für die Wohnbebauung in der nördlichen Schulstraße und auch hier muss man auf das notwendige Augenmaß achten.

Er erläutert, dass es aufgrund der Nutzungskonflikte, welche in diesem Bereich entstehen könnten (z.B. durch die Wohnbebauung am Schloßpark und die neue Sporthalle oder die Flutlichtanlage), sinnvoll ist einen B-Plan zu erstellen. Er führt weiter aus, dass es wohl auch eine gute Idee wäre diesen B-Plan eventuell nach Bedarf auch nach Norden hin noch zu erweitern um den Bereich der Cottage-Sauna mit einzubringen. Diese Gebiete würden noch etwas zusätzlichen Gestaltungsspielraum mit sich bringen.

Der Vorlage wurde im Bau- und Planungsausschuss sowie im Umweltausschuss einstimmig zugestimmt.

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Für das Gebiet „Schul- und Sportanlage Reeshoop“ wird ein B-Plan aufgestellt. Das Gebiet wird begrenzt durch die Schulstraße im Süden, die Straße Reeshoop im Westen, den Mühlenredder im Norden sowie den Schlosspark im Osten (siehe Anlage 1: Geltungsbereich). Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Erweiterung der Schul- und Sportnutzung
 - Nachverdichtungsmöglichkeiten für die angrenzende Wohnbebauung
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1

Satz 2 BauGB).

3. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll elektronisch erfolgen.
4. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll durch Veröffentlichung im Internet durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

29	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg schließt die Sitzung um 22:22 Uhr.

Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin